

ANSGAR SCHANBACHER

## DIE NAHRUNGSKRISE VON 1846/47 IN DER PROVINZ PREUSSEN – WAHRNEHMUNG UND BEWÄLTIGUNG

Von Irland bis Ostpreußen

Die zweite Hälfte der 1840er gilt in der Geschichtsschreibung West- und Mitteleuropas als Krisenzeit. Bekannt ist die große Hungersnot in Irland, die besonders katastrophale Auswirkungen hatte. Die durch die Kartoffelfäule ab 1845 ausgelösten Verluste der für breite Bevölkerungsschichten besonders wichtigen Pflanze und mehrere schlechte Getreideernten betrafen neben Irland auch Teile Frankreichs, Deutschlands, der Niederlande und Flandern.<sup>1</sup> Krise und Kartoffelkrankheit erreichten ebenfalls die östlichen Regionen Preußens, von denen hier die Provinz Preußen – nach einer Betrachtung der Anwendbarkeit des Begriffs der Krise für die Mitte des 19. Jahrhunderts – näher untersucht wird. Auf Grundlage amtlicher Quellen lässt sich über die bisherigen historiographischen Fragestellungen, wie die Behandlung sozialer Proteste und die wirtschaftlichen und politischen Hintergründe der Krise in der Provinz Preußen,<sup>2</sup> hinausgehen.

---

<sup>1</sup> Vgl. aktuell die Beiträge im Sammelband: *When the Potato Failed. Causes and Effects of the Last European Subsistence Crisis, 1845–1850*, hg. v. CORMAC Ó GRÁDA u. a., Turnhout 2007, sowie zu Irland CIARÁN Ó MURCHADHA, *The Great Famine. Ireland's Agony 1845–1852*, London 2011, mit weiterführender Literatur.

<sup>2</sup> Unter diesen Aspekten betrachteten bereits mehrere Historiker die Krise von 1846/47: HANS H. BASS, *Hungerkrisen in Preußen während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, St. Katharinen 1991; DERS., *The Crisis in Prussia*, in: *When the Potato Failed*, S. 185–212; MANFRED GAILUS, *Straße und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Preußens, 1847–1849*, Göttingen 1990. Vgl. außerdem ANDREAS PETTER, *Armut, Finanzhaushalt und Herrschaftssicherung. Staatliches Verwaltungshandeln in Preußen in der Nahrungskrise von 1846/47*, in: *Region im Aufruhr. Hungerkrise und Teuerungsproteste in der preußischen Provinz Sachsen und in Anhalt 1846/47*, hg. v. CHRISTINA BENNINGHAUS, Halle (Saale) 2000, S. 187–243.

Nach einer einleitenden Einschätzung der Ernteerträge hinsichtlich eines akuten Lebensmittel Mangels und des Potenzials der Provinz zur Autarkie analysiert dieser Text die Wahrnehmung des Notstands durch Behörden und Privatpersonen. Dabei werden besonders vulnerable Regionen und Gruppen herausgearbeitet und erörtert, wie die Bevölkerung die staatlichen Hilfsmaßnahmen aufnahm.<sup>3</sup> Anschließend wird der Frage nachgegangen, wie die Bewohner der Provinz mit der starken Steigerung der Preise und dem verbreiteten Mangel an Nahrungsmitteln umgingen: Waren Rufe nach staatlicher Hilfe und nach gesellschaftlicher Unterstützung die Folge, oder versuchten die Betroffenen verstärkt selbst ihre Situation zu verbessern? Abschließend wird eine Einschätzung über mögliche Strukturveränderungen durch die Krise von 1846/47 in der Provinz Preußen gegeben.

### Begrifflichkeiten – Krise und Nahrungskrise

Der Begriff der Krise kommt in alltäglichen und wissenschaftlichen Texten und Zusammenhängen überaus häufig vor.<sup>4</sup> In der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung, die oft verschiedenste Typen von Krisen untersucht, ist es bisher aber noch nicht gelungen, sich auf eine einheitliche und übergreifende Definition zu einigen.<sup>5</sup> Aufbauend auf den grundlegenden Arbeiten von Reinhart Koselleck, der den Begriff in seiner vielfältigen Verwendung und seinen Verwandlungen verfolgt,<sup>6</sup> ist man sich heute darin einig, dass Krisen Wahrnehmungsphänomene darstellen, die

---

<sup>3</sup> Zum Begriff der Vulnerabilität in der historischen Forschung vgl. DOMINIK COLLET, „Vulnerabilität“ als Brückenkonzept der Hungerforschung, in: *Handeln in Hungerkrisen. Neue Perspektiven auf soziale und klimatische Vulnerabilität*, hg. v. DEMS. u. a., Göttingen 2012, S. 13-25.

<sup>4</sup> Zur Kritik an einer derartig ausgebreiteten Nutzung des Krisenbegriffs: GERD SPITTLER, *Handeln in einer Hungerkrise – das Beispiel der Kel Ewey Tuareg*, in: *Handeln in Hungerkrisen*, S. 27-44, hier S. 33; für die Geschichtswissenschaft vgl. JAN MARCO SAWILLA, *Zwischen Normabweichung und Revolution – „Krise“ in der Geschichtswissenschaft*, in: *Krisengeschichte(n). „Krise“ als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive*, hg. v. CARLA MEYER u. a., Stuttgart 2013, S. 145-172, hier S. 145 ff.

<sup>5</sup> Vgl. dazu aktuell die Beiträge in: *Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen*, hg. v. THOMAS MERGEL, Frankfurt a. M. 2012.

<sup>6</sup> REINHART KOSELLECK, *Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt*, Frankfurt a. M. 1992; DERS., *Krise*, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hg. v. OTTO BRUNNER u. a., Stuttgart 2004, S. 617-650.

sich, abhängig von der jeweiligen gesellschaftlichen Vorstellung von Normalität, aus dem Alltag hervorheben.<sup>7</sup> In den meisten Fällen treten sie dabei am Ende einer Entwicklung und beim Abstieg des „Alten“ auf.<sup>8</sup> Bei der Allgemeinheit des Begriffs und der Vielzahl von Wortverbindungen, die „-krise“ enthalten, ist eine einheitliche, feste Definition möglicherweise gar nicht erstrebenswert. Vielmehr erscheint es angebracht, krisenhafte Erscheinungen in ihrem zeitlichen und inhaltlichen Kontext einzugrenzen, zu bestimmen und anschließend eine für den betreffenden Forschungsgegenstand angemessene Definition von Krise vorzulegen.

Im Hinblick auf die Missernten von 1845 und 1846 mit ihren teils drastischen Folgen für West- und Mitteleuropa hat sich im deutschen Sprachraum seit Wilhelm Abel, der diese Jahre zu einer „Teuerungskrisis“ zählte, Ernest Labrousse folgend die Bezeichnung der „letzten Krise vom alten Typ“ etabliert.<sup>9</sup> Abel legte dabei zwar keine Definition von „Krise“ vor, machte aber einen Zusammenhang mit der jeweiligen Preisentwicklung deutlich. Unter Berücksichtigung der zeitgenössischen Wahrnehmung, die die Geschehnisse der 1840er Jahre nicht als Krise bezeichnete, sondern sie Notstand, Not, Teuerung und Mangel nennt,<sup>10</sup> bleibt es für diesen Zeitraum bei einer Zuschreibung *ex post*.

Hier bietet sich nun in Abwandlung einer ökonomischen Krisentheorie des 19. Jahrhunderts eine Definition von Krise als „historische Durchgangsphase, bei der das ökonomische und soziale Gleichgewicht deutlich gestört ist“, an.<sup>11</sup> Entscheidend ist die „deutliche“ Störung, die auch eine Überforderung der Akteure einschließen kann,<sup>12</sup> da in den

---

<sup>7</sup> THOMAS MERGEL, Einleitung. Krisen als Wahrnehmungsphänomene, in: Krisen verstehen, S. 9-22, hier S. 13; THOMAS GUTMANN, L'état de crise. Normenbegründung in der Moderne – eine Skizze, in: Krisen verstehen, S. 315-328, hier S. 321; HENNING TÜMMERS, Sammelrezension Krisen unter <http://hsokult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2013-3-184>; SAWILLA, Zwischen Normabweichung, S. 166.

<sup>8</sup> Ebd., S. 151.

<sup>9</sup> WILHELM ABEL, Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Europa. Versuch einer Synopsis, Hamburg / Berlin 1974, S. 279 f., 302, 365.

<sup>10</sup> Vgl. HEIDRUN KÄMPER, Krise und Sprache: Theoretische Anmerkungen, in: Krisen verstehen, S. 241-255, besonders S. 249 ff.

<sup>11</sup> KOSELLECK, Kritik und Krise, S. 644. Vergleichbar ist Luhmanns Krisendefinition als „heikle Situationen in System/Umwelt-Beziehungen, die den Fortbestand des Systems oder wichtiger Systemstrukturen unter Zeitdruck in Frage stellen“; zitiert nach SAWILLA, Zwischen Normabweichung, S. 161.

<sup>12</sup> CLEMENS ZIMMERMANN, „Krisenkommunikation“. Modellbildung und das empirische Beispiel der Teuerungskrisen 1770/72, 1816/18, 1845/46 im südwestdeutschen Raum, in: Krisengeschichte(n), S. 387-406, hier S. 391.

Agrargesellschaften der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Unregelmäßigkeiten bei den Ernten häufig auftraten: Problematisch waren für Teile der ländlichen Gesellschaft sowohl überdurchschnittlich hohe als auch niedrige Preise für Agrarprodukte. Durch die Zunahme der Bevölkerungszahlen und die Verringerung des Arbeitsangebots fand außerdem der bereits von den Zeitgenossen beobachtete Pauperismus weite Verbreitung.<sup>13</sup> Ereignisse wie sie den Missernten von 1816 und 1845/46 folgten, stellten dabei nur die Höhepunkte einer allgemeinen latenten Krise dar. Ob es erfolgversprechend ist, die Krise als offene Kategorie zu betrachten, die auch Chancen und Lernpotenziale beinhaltet,<sup>14</sup> muss dabei jeweils anhand der Quellen erörtert werden.<sup>15</sup>

Während des Notstands von 1846/47 stellte sich das wirtschaftliche und soziale Gleichgewicht in vielen europäischen Regionen als deutlich gestört dar, und die Regierungen fürchteten gewalttätige Reaktionen der Betroffenen. Da die Krise in erster Linie den Agrarsektor betraf und sich erst später auf andere Bereiche ausdehnte, kann sie als Hunger- oder Subsistenzkrise betrachtet werden, die sich als „relativ abrupte und vorübergehende, in unregelmäßigen Zeitabständen wiederkehrende Phasen einer für breite Volksschichten existenziell bedrohlichen Verknappung und extremem Teuerung von lebensnotwendigen Grundnahrungsmitteln“ definieren lässt.<sup>16</sup>

Auch im Folgenden werden die Ereignisse von 1846/47 in der Provinz Preußen als eine solche Subsistenzkrise betrachtet, die den realen Mangel an Lebensmitteln, die Angst vor einer Hungersnot und dem gesellschaftlichen Abstieg sowie Diskussionen über die Rolle von Staat und Gemeinden umfasste.<sup>17</sup> Sie stellte eine Störung dar, die, anders als die revolutionären Unruhen im Frühjahr 1848, Staat und Gesellschaft zu Anstrengungen

---

<sup>13</sup> Bogdan Wachowiak hob in Bezug auf die preußischen Getreideexport-Provinzen Pommern und Preußen die besondere Bedeutung der Niedrigpreiskrise 1824/25 hervor, ging dagegen kaum auf 1846/47 ein; vgl. BOGDAN WACHOWIAK, II. Gospodarka i społeczeństwo (wieś i miasto), in: Historia Pomorza (1815–1850), hg. v. GERARD LABUDA, Bd. 3, T. 1: Gospodarka, społeczeństwo, ustrój, Poznań 1993, S. 266–273. Zum Pauperismus und der zeitgenössischen Debatte vgl. HANS-ULRICH WEHLER, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1: Vom Feudalismus des Alten Reichs bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära 1700–1815, München 2008, S. 281–296.

<sup>14</sup> ZIMMERMANN, „Krisenkommunikation“, S. 390.

<sup>15</sup> Zu diesem Ansatz vgl. den Beitrag von Katrin Moeller in diesem Band.

<sup>16</sup> MANFRED GAILUS, Hungerkrisen und -revolten, in: Enzyklopädie der Neuzeit, hg. v. FRIEDRICH JAEGER, Bd. 3, Stuttgart / Weimar 2005–2012, Sp. 712.

<sup>17</sup> Ebd., Sp. 712 f.

und reformerischen Einzelmaßnahmen trieb, jedoch für das Gesamtsystem nicht existenzbedrohend war.<sup>18</sup>

### Teuerung und Not – die Krise in der Provinz Preußen

In Ost- und Westpreußen, die zwischen 1824 und 1878 zur Provinz Preußen vereinigt waren, kam es in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mehrmals zu Störungen des wirtschaftlichen und sozialen Gleichgewichts. In der Historiographie finden dabei besonders die durch niedrige Getreidepreise ausgelöste Agrarkrise von 1824/25 sowie die Teuerung von 1846/47 Berücksichtigung.<sup>19</sup>

Im Folgenden wird die Teuerungskrise der 1840er Jahre in der Provinz Preußen untersucht, der Oberpräsident Karl Wilhelm Bötticher von 1842 bis 1848 vorstand. Dabei stehen, in Ergänzung zu bereits vorhandenen Arbeiten, die Ernteerträge, die Wahrnehmung der Krise in der Bevölkerung und die Reaktionen der Betroffenen auf stark steigende Preise und Mangel an Lebensmitteln im Zentrum.

### Ernteerträge, Kartoffelkrankheit und Außenhandel

Anders als im westlichen Teil Deutschlands, der 1844 insgesamt eine gute Ernte erzielte,<sup>20</sup> gehörte dieses Jahr in der Provinz Preußen bereits zu den durch eine schlechte Ernte ausgelösten Notjahren und rief Unterstützungsmaßnahmen der Regierung hervor.<sup>21</sup> 1845 war der Getreideertrag im Regierungsbezirk Danzig knapp unterdurchschnittlich und die Behörden sahen keinen drohenden Mangel; im westpreußischen Kreis Konitz (polnisch: Chojnice) fiel dagegen die Roggenernte schlecht aus, und auch im

---

<sup>18</sup> KOSELLECK, Kritik und Krise, S. 619.

<sup>19</sup> MAX TÖPPEN, Geschichte Masurens. Ein Beitrag zur preußischen Landes- und Kulturgeschichte, Aalen 1979 (1870), S. 441; BRUNO SCHUMACHER, Geschichte Ost- und Westpreußens, Würzburg 1977, S. 260; WACHOWIAK, II. Gospodarka, S. 266-273; BASS, Hungerkrisen, S. 226-237; BASS, The Crisis in Prussia, S. 185-211; HERBERT OBENAU, Die Provinz Preußen 1807-1848, in: Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens, hg. v. ERNST OPGENOORTH, Lüneburg 1998, S. 23-27.

<sup>20</sup> ABEL, Massenarmut, S. 361.

<sup>21</sup> Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (hiernach: GStA), XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 2 Bd. 17, Bl. 165; GStA, I. HA Rep. 89 Nr. 30178, Bericht der Minister Ernst von Bodelschwingh und Heinrich Eduard von Flottwell an den König, 23. Oktober 1845.

Regierungsbezirk Königsberg blieb die Getreideernte unzureichend und die Behörden beobachteten steigende Preise.<sup>22</sup> Verallgemeinerbare Zahlen für die gesamte Provinz fehlen jedoch.<sup>23</sup> 1845 verursachte die Kartoffelkrankheit in West- und Mitteleuropa großes Aufsehen.<sup>24</sup> In der Provinz Preußen wurde sie erstmals im Herbst 1845 bemerkt,<sup>25</sup> ihr Umfang jedoch noch nicht als bedrohlich eingeschätzt.<sup>26</sup>

Aus dem westlichsten Bezirk Marienwerder (polnisch: Kwidzyn) hieß es zu dieser Zeit:

„Es wird zwar vielfach über die Neigung der Kartoffeln zum Faulen geklagt, doch sind von der in den westlichen Provinzen herrschenden Krankheit unter den Kartoffeln im hiesigen Regierungsbezirk bis jetzt nur an einigen Orten verdächtige Anzeichen bemerkt worden.“<sup>27</sup>

Auch im Bezirk Danzig gab es Anzeichen der Krankheit; als besonders betroffen betrachtete der Regierungspräsident die Kreise Carthaus (polnisch: Kartuzy), Stargard (polnisch: Starogard Gdański) und Anfang Januar außerdem Neustadt (polnisch: Wejherowo), und forderte die Einwohner zu besonderer Vorsicht und Sorgfalt bei der Behandlung der Kartoffeln auf.<sup>28</sup> Der Landrat des Kreises Neustadt, der bekannt machte „Leider! ist es nicht mehr zu bezweifeln, daß diese Krankheit auch unsern Kreis erreicht hat“, empfahl dabei konkret die größtmögliche Trockenhaltung und „fleißiges Aussammeln der angefaulten Kartoffeln“.<sup>29</sup> Die Regierung in Königsberg berichtete Anfang 1846 rückblickend über eine Verschärfung der Situation:

---

<sup>22</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 1, Bl. 361, 388; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 2 Bd. 17, Bl. 391 f.

<sup>23</sup> Vgl. BASS, *The Crisis in Prussia*, S. 197.

<sup>24</sup> Ó GRÁDA, *When the Potato Failed*.

<sup>25</sup> Während das erste Auftreten der Krankheit im Rheinland im August 1845 beobachtet wurde, erreichte die Seuche ab Mitte September und Oktober 1845 die östlichen preußischen Provinzen; W. A. KREISSIG, *Die sichere Verhütung der Faulkrankheit der Kartoffeln*, Königsberg i. Pr. 1847, S. 22 f.

<sup>26</sup> Die Behörden der Provinz profitierten dabei anscheinend nicht von diesem Zeitgewinn, sondern warteten auf Anweisungen aus Berlin; vgl. Kreisblatt für den Neustädter Kreis, 29. Oktober 1845, Nr. 44, S. 323.

<sup>27</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 2 Bd. 17, Bl. 409.

<sup>28</sup> Ebd., Bl. 384; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 1, Bl. 361; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 2, Bl. 57.

<sup>29</sup> Kreisblatt für den Neustädter Kreis, 29. Oktober 1845, Nr. 44, S. 329.

„Die unzweifelhaft in mehreren Gegenden hervorgetretene Kartoffelkrankheit hat jedoch an vielen Orten die umfangreichsten Verluste herbeigeführt, und wenn auch im allgemeinen die größte Sorgfalt dem ferneren raschen Verderben der Kartoffeln Schranken gesetzt hat, so hat doch das wiederholte Hervortreten des Uebels allgemein zu einer rücksichtslosen Consumption der Kartoffelvorräthe geführt, die sehr bald bei den kleineren Besitzer und Arbeitsleuten in einen Mangel übergehen wird.“<sup>30</sup>

Wie stark die Ernährung der Bevölkerung von der Kartoffelernte abhing, zeigt sich an einer Äußerung des Oberpräsidenten, der Ende November 1845 den Ertrag insgesamt für ausreichend hielt, wenn die Kartoffeln „nicht durch die immer ausgedehnter hervortretende Fäulniß großentheils den Konsumenten und selbst dem Verbräuche zu Futter verloren gingen“. <sup>31</sup>

1846, als die Ernten in weiten Teilen Europas missrieten, erzielte die Provinz Preußen nach Aussage der Regierungen wegen der auftretenden Hitze und Dürre knapp mittelmäßige Erträge bei Weizen und Roggen und schlechte bei den Kartoffeln (Tabelle 1).<sup>32</sup> Die Bezirksregierung Marienwerder beschrieb das erneute Erscheinen der Kartoffelkrankheit detailliert und wies anhand seiner typischen Merkmale das Vorhandensein des die Krankheit auslösenden Pilzes *P. infestans* nach:

„Das Innere der Kartoffel ist mit schwärzlichen wässerigen Wolken durchzogen, schwammartig, und viel weicher als das übrige Kartoffelfleisch; manche Kartoffeln sind auch hohl und enthalten Wasser, mit einem stinkenden Geruch, oder aber sie haben schwarze schorartige Flecken an der Schale. Verbreitet sich die Krankheit erst auf ganze Ackerstücke, so macht sie sich so gleich durch einen faulen Geruch bemerkbar.“<sup>33</sup>

Überall kam es zu einer schlechten Kartoffelernte – im Bezirk Marienwerder lag der Kartoffelertrag bei 40 Prozent einer Mittelernte, im Bezirk Gumbinnen (russisch: Gusev) hingegen betrug er nur das drei- bis dreieinhalbfache der Aussaat. Dies war sicherlich kein Ergebnis, das sich eignete, „den Wohlstand des Landes“ zu heben – wurde jedoch der großen Trockenheit und weniger der Krankheit zugeschrieben.<sup>34</sup> Im Bezirk Danzig war allerdings die weiße Speisekartoffel, das Hauptnahrungsmittel der

---

<sup>30</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 2 Bd. 17, Bl. 415.

<sup>31</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 1, Bl. 368.

<sup>32</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 2 Bd. 18, Bl. 100, 103, 116, 129.

<sup>33</sup> Ebd., Bl. 129.

<sup>34</sup> Ebd., Bl. 134, 143, 153, 165.

einfachen Menschen, „überall gänzlich mißrathen und krank“.<sup>35</sup> Der Gewerbeverein des Bezirks machte bereits im August die „betrübende Wahrnehmung“ einer großen Ausdehnung der Kartoffelkrankheit,<sup>36</sup> und der Landrat von Berent (polnisch: Kościerzyna) hörte „tagtäglich Beschwerden über Mangel an Kartoffeln“.<sup>37</sup> Eine Subsistenzkrise für die unteren Bevölkerungsschichten war somit spätestens im Herbst 1846 vorhanden.

Tabelle 1: Ernteerträge in Abweichung vom mehrjährigen Durchschnitt in der Provinz Preußen 1846–1851<sup>38</sup>

Jahr	Weizen	Roggen	Erbsen	Gerste	Hafer	Kartoffeln
1846	0,80	0,66	0,83	0,66	0,64	0,34
1847	1,07	1,20	1,11	0,89	0,90	0,33
1848	0,91	1,19	0,79	1,13	1,09	1,21
1849	1,30	1,25	1,14	1,26	1,10	0,54
1850	1,02	0,90	0,75	0,85	0,79	0,95
1851	0,94	0,74	0,96	0,85	0,85	0,37

1847 fand in der ganzen Provinz eine „segensreiche“ Getreideernte statt,<sup>39</sup> die Klage über die Verbreitung der Kartoffelkrankheit nahm dagegen deutlich zu. Wahrscheinlich ermöglichte eine feuchtere Wetterlage die bessere Verbreitung des Pilzes. Besonders davon betroffen war der Bezirk Marienwerder, in dem nur die einfache bis zweieinhalbfache Aussaat gewonnen wurde.<sup>40</sup> Die Ernährungssituation der auf Kartoffeln angewiesenen Bevölkerungsgruppen entspannte sich somit auch nach drei Mangeljahren nicht, „da die eingesammelten geringen Vorräthe [an Kartoffeln]

<sup>35</sup> Ebd., Bl. 134. Ähnlich war auch in Nordwestdeutschland häufig die weiße, sog. Holländische Kartoffel von der Krankheit betroffen; vgl. Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 84 Nr. 335, Bericht Gericht St. Andreasberg an Berghauptmannschaft Clausthal, 13. August 1846.

<sup>36</sup> Kreisblatt für den Neustädter Kreis, 26. August 1846, Nr. 35, S. 206.

<sup>37</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 3, Bl. 383.

<sup>38</sup> Nach FRIEDRICH VON REDEN, Erwerbs- und Verkehrs-Statistik des Königsstaats Preussen in vergleichender Darstellung, Bd. 1, Darmstadt 1853, S. 92 ff.

<sup>39</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 2 Bd. 18, Bl. 389.

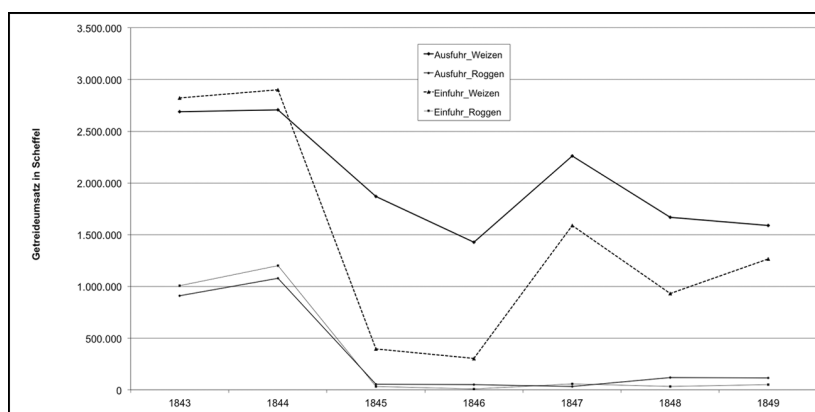
<sup>40</sup> Ebd.



nicht weit reichen können, durch den reichlichen Ertrag des Roggens aber der Ausfall an Kartoffeln, für die Losleute, die weder Roggen geerntet noch ihn zu kaufen die Mittel haben, nicht gedeckt werden kann“.<sup>41</sup> Hier konnte die Fürsorge von Gemeinden und Hilfsvereinen jedoch in einem größeren Maß greifen, als in den Notstandsjahren.

Die Ernteerträge der Krisenjahre stellen sich somit in der Provinz Preußen zwar als unterdurchschnittlich dar, eine deutliche Unterversorgung, die zu Mangel und Hunger führen konnte, lag aber vor allem bei den Kartoffeln vor. In dieser traditionellen Agrarexportregion ließen sich Kaufleute und Marktproduzenten allerdings weitgehend durch Preisanreize aus Westeuropa leiten. Deswegen kam es zu Preissteigerungen unabhängig vom Bedarf der Bevölkerung, die bei den Ärmern zu Mangelversorgung führten.<sup>42</sup> Die Krise lässt sich deutlich an den Aus- und Einfuhren Danzigs zeigen (Tabelle 2).

Tabelle 2: Getreidehandel in Danzig 1843–1849<sup>43</sup>



Gab es 1843 und 1844 für die Stadt an der Weichsel einen Nettoüberschuss beim Weizenhandel, verwandelte sich dieser in den Folgejahren bei

<sup>41</sup> Ebd., Zeitungsbericht Regierung Danzig, 1. November 1847.

<sup>42</sup> BASS, Hungerkrisen, S. 228, errechnete z. B. für eine einprozentige Steigerung des Weizenpreises in England eine Steigerung des Danziger Exports um 1,86 % im selben Jahr. Aussagen der preußischen Bevölkerung zum Abfluss des Getreides nach England bei PETTER, Armut, S. 211.

<sup>43</sup> Zusammengestellt nach: GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 10 Bd. 17, Bl. 110, 152, 189, 218, 249, 279.

leicht gesunkenen Ausfuhren in ein deutliches Defizit, das durch vorhandene Vorräte ausgeglichen werden musste, die dann vor Ort nicht mehr zur Verfügung standen. Auch bei Roggen ging der Gesamtumsatz in der Krise deutlich zurück, doch während 1846 nur 16,3 Prozent der Ausfuhren durch Importe gedeckt wurden, blieben 1847 etwa 26.000 Scheffel in der Stadt zurück.<sup>44</sup>

### Krisenorte und Betroffene – Selbst- und Fremdwahrnehmungen

Die Teuerungskrise der 1840er Jahre traf in einer insgesamt gegenüber Missernten anfälligen Region wie der Provinz Preußen, die in weitem Maße von der Agrarproduktion abhängig war, nicht sämtliche Gebiete und Einwohnergruppen. Die Wahrnehmungsmuster in dieser Situation zerfielen in zwei gegensätzliche Sphären: einerseits die preußischen Ministerien in Berlin und der Oberpräsident in Königsberg, andererseits die örtliche Verwaltung wie Bürgermeister und Landräte sowie Gutsbesitzer und sonstige Einwohner. Zwischen ihnen standen vermittelnd die vier Bezirksregierungen.

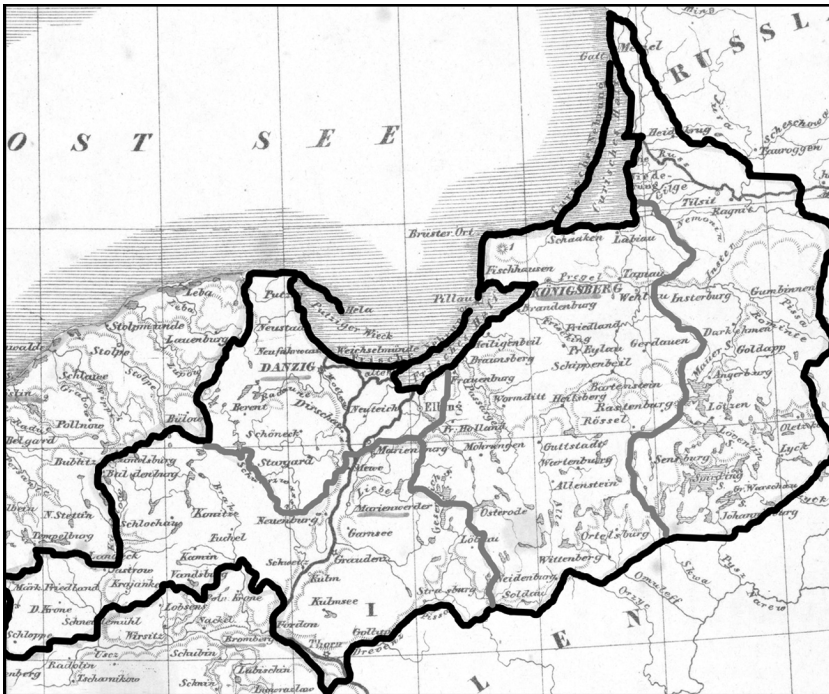
Die Magistrate der größeren Städte der Provinz wandten sich an die Regierungen, um Unterstützung bei der Bekämpfung des Notstands zu erhalten. Der Magistrat von Thorn (polnisch: Toruń) beklagte beispielsweise im April 1847 den drohenden Mangel von Brotgetreide, da Zufuhren aus Kongresspolen wegen einer Kornsperrre fehlten und das vorhandene polnische Getreide exportiert worden war:

„Thorn gerade vermöge seiner Lage auf die Grenze gewiesen, und auch auf solche außerordentliche Preise und Maaßregeln unvorbereitet, befindet sich in der besorglichen Lage eines wahrscheinlichen bedenklichen Mangels, wozu noch die Schlechtigkeit der Kommunikation hinzukommt. Nach der uns gewordenen Versicherung werden im Kurzem eine Anzahl Bäcker wegen Mangel an Korn ihr Backgeschäft einstellen.“<sup>45</sup>

---

<sup>44</sup> Auch aus Königsberg fanden 1847 trotz Mangels im Hinterland große Getreideausfuhren, vor allem nach England, Belgien, Frankreich, in die Niederlande und die mittleren preußischen Provinzen statt; FRIEDRICH WILHELM SCHUBERT, Statistik des Ackerbaus, Garten- und Weinbaus, der Viehzucht, des Seidenbaus und Bienenzucht, der Forstwirtschaft, Fischerei und des Bergbaus im Preussischen Staate, Königsberg i. Pr. 1848, S. 40.

<sup>45</sup> GSStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 262. Ab 1.4.1847 hatte die russische Seite eine Kornsperrre gegenüber der Provinz Preußen verhängt.

Abbildung 1: Die Provinz Preußen<sup>46</sup>

Die Stadt Thorn zeigte sich demnach trotz der seit dem Sommer 1846 bekannten Ernteverluste durch das Ausmaß der Preissteigerungen und Grenzsicherungen überrascht. Auch der Magistrat von Marienburg (polnisch: Malbork) erwartete Roggenmangel und beantragte beim Oberpräsidenten Nahrungsmittelhilfen. Ähnlich meldete das Vorstheramt der Königsberger Kaufmannschaft zusätzlichen Nahrungsmittelbedarf für die Provinzhauptstadt, der durch zollfreie Einfuhr und die Ausgabe von Getreide aus staatlichen Magazinen behoben werden sollte.<sup>47</sup> Dieser Bitte schloss sich der Magistrat an, der das lebhaftes Exportgeschäft beklagte: „Täglich noch sehen wir Schiffe mit bereits verkauftem Getreide von hier abgehen, und es hat sich die traurige Gewißheit bereits herausgestellt, daß

<sup>46</sup> Unter Verwendung von: Hand-Atlas des Preussischen Staats in 36 Blättern, hg. v. FRIEDRICH HANDTKE, Glogau 1846, Blatt: Preussischer Staat.

<sup>47</sup> Ebd., Bl. 319.

mit dem, was hier bleibt, bis zur nächsten Ernte lange nicht ausgereicht wird.“<sup>48</sup> In Danzig dagegen zeigte sich die örtliche Regierung über die Versorgung der Stadt Ende Mai 1847 mit Roggen und Kartoffeln und den geforderten Preisen zufrieden:

„Roggen ist nicht viel vorhanden, der Bedarf zur inneren Consumption bisher jedoch, sowohl durch mäßige Land- als Wasserzufuhren, letztere namentlich von Königsberg her mit den Dampfschiffen, stets gesichert gewesen, so daß es noch an keinem Tage an Brod gefehlt hat, vielmehr dergleichen nicht nur auf den Märkten, sondern auch in den Läden der Bäcker und Höcker bis auf den späten Abend zu haben ist.“<sup>49</sup>

Gleichzeitig betonte ein weiterer Bericht „daß in hiesiger Stadt sowohl im Wege der Privat-Wohlthätigkeit als auch Seitens der Kommune nach Möglichkeit dahin gewirkt wird, den Druck der Theuerung den dürftigen Einwohnern weniger fühlbar zu machen“.<sup>50</sup>

Den negativen Selbsteinschätzungen der anderen Städte folgten die vorgesetzten Behörden nur teilweise. So hatte der Oberpräsident dem Magistrat von Königsberg im Mai 1847 immerhin 4.800 Scheffel Roggen zu je drei Talern verkauft<sup>51</sup> und damit den Anträgen aus seinem direkten Umfeld nachgegeben.<sup>52</sup> Gegenüber Marienburg verhielt er sich dagegen Ende Mai 1847 weit zurückhaltender und lehnte staatliche Hilfen ab:

„Die Roggen Vorräthe [...] sind für diejenigen Gegenden wo nicht allein Theuerung, sondern sogar Mangel ist, kaum hinreichend und selbst da nur für Hilfsbedürftige bestimmt. Dort [in Marienburg] kann es an Gelegenheit nicht fehlen, sich mit Roggen zu versorgen.“<sup>53</sup>

---

<sup>48</sup> Ebd., Bl. 421.

<sup>49</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 117 ff.

<sup>50</sup> Ebd., Bl. 39. Zur Gratwanderung von Stadtverwaltung und Bürgern von Danzig zwischen Armenhilfe und Unterdrückung von Unruhen vgl. GAILUS, Straße und Brot, S. 235-240.

<sup>51</sup> In Neustadt lag der Marktpreis für Roggen im Mai 1847 im Vergleich dazu bei 3 Taler 20 Silbergroschen bis 4 Taler je Scheffel; Kreisblatt für den Neustädter Kreis 1847, S. 82, 86, 90, 94, 98.

<sup>52</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 13. Die Berliner Ministerien kritisierten gleichzeitig das Vorgehen des Oberpräsidenten, der Roggen an die Königsberger Bäcker verteilen und so alle Bürger der Stadt von der staatlichen Hilfe profitieren ließ; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 511.

<sup>53</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 47. Ähnlich lautete die Absage eines Gesuchs einiger Antragsteller in Fischhausen (russisch: Primorsk) vom April 1847; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 263.

Beispiele einer derartigen Bevorteilung bemerkte auch die Zentralregierung in Berlin und kritisierte die bevorzugte Behandlung von Königsberg, das sich selbst mit Lebensmitteln versorgen könne. Eine „Beihülfe des Staats erscheint hauptsächlich für die ärmeren Ortschaften in den von der Küste entfernten Landestheilen der dortigen Provinz begründet“.<sup>54</sup>

Auch diese „entfernten Landestheile“ machten während der Krise auf sich aufmerksam oder wurden von den Regierungen erwähnt. Die Regierung in Danzig verwies im Herbst 1846 auf die Missernte in den Kreisen Berent, Carthaus und Putzig (polnisch: Puck) und den staatlichen Handlungsbedarf.<sup>55</sup> Bereits im Sommer 1845 merkte der Landrat von Stallupönen (russisch: Nesterov) gegenüber dem Oberpräsidenten die gewünschte Gleichbehandlung aller Gemeinden an.

„Besonders ist dies mit den Bewohnern des erst vor ein Paar Jahren vom Goldapper Kreise hierher geschlagenen Kirchspiels Mehlkehmen der Fall, welche häufig und bitter sich darüber beklagt haben, daß sie durch ihre Abtrennung von Goldapp der angeblich großartigen Unterstützungen für Masuren verlustig gegangen.“<sup>56</sup>

23 Unterzeichner eines Gesuchs aus dem Kirchspiel Kallningken im Kreis Kaukehmen (russisch: Prochladnoje, Jasnoje) beklagten im Februar 1847 die Knappheit der Nahrungsmittel wegen der großen Entfernung nach Tilsit und Labiau (russisch: Sovetsk, Polesk) und sahen sich „nothgedrungen, einigen wenigen Getreide-Wucherern in die Hände zu fallen, denen wir Roggen, Gerste, Hafer und Erbsen metzenweise und wenigstens jede Metze um einen S[ilber]gr[oschen] theurer als anderswo bezahlen müssen.“<sup>57</sup> Nicht nur eine solche Knappheit an Nahrungsmitteln konnte zu einem gefühlten Notstand und einer Hungerkrise führen, sondern auch die Ausfuhr. Im Kreis Schlochau (polnisch: Człuchów) war die Ernte 1846 nicht missraten, trotzdem entstand Mangel. Dies begründete der Landrat im April 1847 mit einer plötzlichen raschen Preissteigerung, für die er den Wucher verantwortlich machte:

„Von allen Seiten, von Rakel, Stettin, Landsberg, Colberg, Stolpe und vielen anderen Orten waren Aufkäufer, meistens Juden, wirklich schaarenweise in den Kreis gekommen, und hatten von Gut zu Gut, ja von Haus zu Haus

---

<sup>54</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 22.

<sup>55</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 3, Bl. 289.

<sup>56</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 1, Bl. 64. Masuren wurde dabei von den Zeitgenossen als besonders arme Region eingeschätzt; ebd., Bl. 10.

<sup>57</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 126.

gekauft, alle irgend wo ausgekundschafteten Vorräthe an Roggen, Erbsen, Gerste, Hafer und Kartoffeln an sich zu bringen gewußt, und die Produzenten theils durch die enorme Höhe der offerirten Preise, theils durch die Bequemlichkeit ihre Produkte gegen sofortige baare Bezahlung gleich im Hause loszuwerden, sich verleiten lassen, alle irgend entbehrlichen, und zum Theil auch wohl unentbehrlichen Vorräthe an den Mann zu bringen, so daß in den letzten Tagen viele Hunderte von Scheffeln aus dem Kreise gegangen sind.“<sup>58</sup>

Besonders kleine Bauern seien hierbei sehr unvernünftig gewesen.<sup>59</sup> Mitte Mai 1847 wünschte die Regierung in Marienwerder, die der Argumentation des Landrats offensichtlich folgte, die „schleunigste Überweisung von 8.000 Scheffel Roggen“ für den Kreis Schlochau.<sup>60</sup> Durch die lohnende Ausfuhr verwandelte sich somit ein Kreis mit gesicherter Subsistenz in ein Zufuhrgebiet.

Der Gemeindevertreter des Rentamts Baldenburg (polnisch: Biały Bór) an der Grenze zur Provinz Pommern beantragte im März 1846 ebenfalls staatliche Hilfe:

„Es ist hier eine fürchterliche Noth, aus der wir uns nicht mehr erretten können, wir haben so lange alles geduldig ertragen, als es möglich war. Jetzt hat sie aber einen bedenklichen Grad erreicht und droht in kurzer Zeit alle gesellschaftlichen Bande aufzulösen.“<sup>61</sup>

Neben der eiligen Bewilligung von Roggen, die vor allem ab Mai 1847 erfolgte,<sup>62</sup> unternahm die Provinzialregierung mehrmals Versuche, durch Inspektionsreisen hoher Beamter vertrauenswürdige Berichte zur Lage vor Ort zu erhalten. Eine solche Vermittlerfunktion erhielt Oberregierungsrat Botho von Eulenburg, der Ende Mai 1847 von der Königsberger Regierung in die Kreise Wehlau, Gerdauen (russisch: Znamensk, *Železnodorožnyj*) und Labiau befohlen wurde, um „aus den verschiedensten Quellen Ansichten und Thatsachen über den jetzigen Zustand der Arbeiter Familien auf dem platten Lande zu sammeln“.<sup>63</sup> Eulenburg stellte eine weitgehende Erschöpfung der Nahrungsmittelvorräte fest und kritisierte

---

<sup>58</sup> Ebd., Bl. 410.

<sup>59</sup> Ebd.

<sup>60</sup> Ebd., Bl. 469.

<sup>61</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 2, Bl. 213.

<sup>62</sup> Vgl. zur Verteilung von Roggen im Regierungsbezirk Königsberg GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 282. Innerhalb von zehn Tagen wurden dort im Mai 1847 etwa 21.000 Scheffel Roggen ausgegeben.

<sup>63</sup> Hier und im Folgenden: GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 212-316. Vgl. zu solchen Gutachten und Notstandsberichten außerdem PETTER, Armut, S. 197 f.

die fehlende Verpflegung bei den öffentlichen Wegearbeiten. Durch „Kraftlosigkeit und Kränklichkeit der Arbeiter“ sei es bereits zu fünf Todesfällen gekommen. Aufgrund seiner Vollmachten ordnete er die Wiederaufnahme der ruhenden Arbeiten an und befahl die Einrichtung zweier Speiseanstalten.<sup>64</sup>

Die Regierung in Königsberg folgte Anfang Juni 1847 dem Vorgehen und den Empfehlungen Eulenburgs und genehmigte den öffentlich beschäftigten Arbeitern „täglich einmal eine ausreichend kräftige warme Speise von Erbsen im Werth von höchstens 2 S[ilber]gr[oschen] als Zuschuß zu den bestehenden anschlagsmäßigen, aber jetzt nicht ausreichenden Arbeitslöhnen“.<sup>65</sup>

Nicht nur einzelne Regionen der Provinz wurden als besonders vom Notstand betroffen wahrgenommen. Die Zeitgenossen unterschieden außerdem zwischen bedürftigen und wohlhabenden Einwohnern. Die Regierung von Königsberg sprach sich etwa für den staatlichen Getreideverkauf zu ermäßigten Preisen aus, um den „Untergang einer großen Zahl von kleinen Grundbesitzern“ zu verhindern. Die Missernte von 1845 habe die Bauern nach den bereits schlechten Erträgen von 1844 stark getroffen.

„Viele, sehr viele kleine Grundbesitzer haben nichts zu verkaufen; Alles was Entbehrliches in Haus und Hof war, ist schon im vergangenen Jahre versilbert und im Erlös zur Lebensfristung verwendet; wer Kredit hatte, mußte ihn schon voriges Jahr erschöpfen und erhält dieses Jahr für die höchsten Prozente so wenig Geld als Naturalien von Privaten geliehen.“<sup>66</sup>

Diese Einschätzung teilte das Gesuch eines Gutsbesitzers aus Rastenburg (polnisch: Kętrzyn), der im Sommer 1845 die „arbeitende Klasse“ als versorgt betrachtete, aber feststellte: „schlimmer steht es um den kleinen Grundbesitzer“, dem es an Kredit fehle und der durch schlechte Wege und die große Entfernung zu Handelsstädten benachteiligt sei.<sup>67</sup>

Ein solches Urteil wiederum relativierte der Landrat von Marggrabowa (polnisch: Olecko), der im Sommer 1845 eine „Steigerung des Jammers und Elends“ erwartete. Besonders gefährdet sah er indes nicht die kleinen

---

<sup>64</sup> Eulenburg beschäftigte sich auch im weiteren Verlauf seiner Karriere mit der Verbesserung der Verkehrswege; KURT FORSTREUTER, Eulenburg, Botho Heinrich Graf zu, in: Neue deutsche Biographie, Berlin 1957, S. 680, <http://deutsche-biographie.de/pnd133608026.html>.

<sup>65</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 215, 222.

<sup>66</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 2, Bl. 26 f.

<sup>67</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 1, Bl. 10.



Bauern, sofern sie noch Kartoffeln ernteten, sondern die landlosen Arbeiter.

„Anders aber steht es mit den Käthnern, den Losleuten, Wittwen pp. Diese haben größtentheils keine oder doch nur sehr wenige Kartoffeln ausgesetzt und erndten daher unter jeden Umständen nicht so viel, als sie zu ihrem und der Ihrigen Lebensunterhalt brauchen.“<sup>68</sup>

Tatsächlich bedrohte die Kartoffelkrankheit bereits ab Herbst 1845 die vermeintliche Sicherheit der kleinen Bauern.

Nach der weiteren schlechten Ernte von 1846, als sich der Mangel an Roggen und Kartoffeln deutlich zeigte, bestätigte die Direktion der Oberländischen Gesellschaft praktischer Landwirte des Kreises Pr. Holland (polnisch: Paślęk) die mangelhafte Versorgungssituation der landlosen Bevölkerung in den königlichen, adligen und Bauerndörfern. Anders als die an königliche Domänen oder Rittergüter angebundenen Tagelöhner könnten solche Einlieger nicht mit Nahrungsmittelhilfe rechnen.<sup>69</sup> Gleichzeitig verloren sie häufig Beschäftigungsmöglichkeiten, da Gutsbesitzer vorwiegend eigene Leute beschäftigten.<sup>70</sup>

Als besonders betroffen erscheinen demnach Personengruppen ohne Anschluss an größere Güter, die sich auch bei einer schlechten Ernte selbst versorgen konnten, und Bauern, die keinen Zugang zu anderen Erwerbsmöglichkeiten und Krediten besaßen.<sup>71</sup> Diese Gruppe wurde in der amtlichen Korrespondenz der Provinz Preußen an mehreren Stellen genauer spezifiziert und ein besonderes Augenmerk auf die Versorgung von Frauen mit bezahlter Arbeit gelegt. Die Deputation des Landwirthschaftlichen Central-Vereins für Litthauen befürchtete im Winter 1846 angesichts der Krise „nachtheilige Folgen für die physische und sittliche Haltung“ der Bevölkerung und forderte öffentliche Arbeiten für Frauen.<sup>72</sup> Auch im Frühjahr 1847 beantragte ein Landschaftsrat aus Wehlau öffentliche Spinnarbeiten für alte Frauen und Ehefrauen auswärtiger arbeitender Männer. Die Ministerien in Berlin lehnten solche Anträge jedoch ab und

---

<sup>68</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 1, Bl. 22.

<sup>69</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 3, Bl. 451.

<sup>70</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 2, Bl. 53, Bericht Regierung Gumbinnen vom 17. Januar 1846.

<sup>71</sup> Hierzu konnten durchaus auch Gutsbesitzer zählen. So bat der Rittergutsbesitzer Friedrich Wilhelm Sacksen den Oberpräsidenten im Winter 1846 um einen Vorschuss von 200 Scheffeln Hafer und 10 Scheffeln Bohnen, die er innerhalb von drei Jahren in natura zurückerstatten wollte; ebd., Bl. 76.

<sup>72</sup> Ebd., Bl. 118.



verwiesen auf private Initiativen von Vereinen, Gemeinden und Gutsbesitzern.<sup>73</sup> Ob hierbei eine geringere Furcht vor Tumulten als bei Männern eine Rolle spielte, muss vorerst offen bleiben.<sup>74</sup>

### Die staatlichen Krisenhilfe und ihre Wahrnehmung

Staatliche Stellen in der Provinz Preußen reagierten überwiegend auf Anweisung und mit Genehmigung Berlins auf die Teuerung.<sup>75</sup> Ein zentraler Aspekt war dabei Sparsamkeit. Ende 1846 hob dies Innenminister Ernst von Bodelschwingh gegenüber dem preußischen Oberpräsidenten erneut hervor. Nach dem Gesetz „ist für die Hilfsbedürftigen zunächst von den Gemeinden und Gutsherrschaften zu sorgen, und wo deren Kräfte nicht ausreichen, muß der Landarmen-Verband Beihülfe leisten“. Darüber hinaus sollten „Anforderungen an die Staats-Kasse auf seltene außerordentliche Fälle beschränkt werden“.<sup>76</sup> Diese auf Schonung des Fiskus bedachte Haltung wurde jedoch selbst innerhalb des Behördenapparats nicht immer kritiklos hingenommen. Die Regierung von Königsberg erkannte zwar die staatlichen liberalen Grundsätze an, hielt ihre vollständige Umsetzung, etwa im Bereich der Getreideverkäufe, jedoch nicht für geboten.<sup>77</sup> Schärfere Töne der Ablehnung kamen von der Regierung in Marienwerder, die Ende Januar 1847 gegenüber dem Innenministerium erklärte:

„Wir glauben [...], daß wenn auch die moralische Verpflichtung der Communen, Gutsherrschaften usw zur Unterstützung in dem ausgedehnten Sinne der Nothstandsbesichtigung gewiß nicht geläugnet werden soll, doch ihre gesetzliche Verpflichtung sehr zu bezweifeln sein dürfte.“<sup>78</sup>

---

<sup>73</sup> Ebd., Bl. 67, 158.

<sup>74</sup> Zur teilweise maßgeblichen Beteiligung von Frauen an Tumulten vgl. GAILUS, *Straße und Brot*, S. 291-295, und CHRISTINA BENNINGHAUS, *Sittliche Ökonomie, soziale Beziehungen und Geschlechterverhältnisse. Zur inneren Logik der Hungerunruhen*, in: *Region im Aufruhr. Hungerkrise und Teuerungsproteste in der preußischen Provinz Sachsen und in Anhalt 1846/47*, hg. v. DERS., Halle (Saale) 2000, S. 117-158, hier S. 126.

<sup>75</sup> Zur Gesamteinschätzung der staatlichen Krisenpolitik 1846/47, die als ökonomisch liberal betrachtet werden muss, vgl. PETTER, *Armut*, S. 191.

<sup>76</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 2; vgl. auch GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 2, Bl. 26.

<sup>77</sup> Ebd.

<sup>78</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 96.

Im April 1847 kritisierte der Regierungspräsident in Marienwerder, Jacob von Nordenflycht, erneut die Passivität der Regierung und gab dabei deutliche Hinweise auf die Furcht vor Unruhen:

„Was Vertrösten und Hinhalten von Seiten der Verwaltung zu leisten vermag, ist mit anscheinender Hartherzigkeit bisher geschehen, und hat sechs Monate lang gute Früchte getragen, dieses Mittel muß gegenwärtig aber als erschöpft [...] erkannt werden, denn es ist die Zeit gekommen, wo auch die Staats-Verwaltung es als ihre unabweisliche Pflicht wird betrachten müssen, werktätig einzuschreiten, und nicht bloß ihrer hungernden Unterthanen mit aller ihr zu Gebote stehenden Mitteln hülfreich sich anzunehmen, sondern zugleich die Personen und das Eigenthum aller derer, die etwas besitzen, gegen Raub und Gewaltthätigkeit ihrer verzweifelnden Mitmenschen kräftig zu schützen.“<sup>79</sup>

Öffentliche Arbeiten, die Zuteilung von Roggen und Saatgut sowie die abgesagte Landwehrübung im Sommer 1847 bildeten wichtige staatliche Maßnahmen gegen Mangel und Unruhen.<sup>80</sup> Aus den überlieferten Quellen lässt sich die Wahrnehmung und Einschätzung dieser Initiativen häufig nur indirekt erschließen. Öffentliche Arbeiten fanden in der Provinz Preußen besonders 1845/46 in größerem Umfang statt.<sup>81</sup> Anders als 1847 wurde Beschäftigung dabei 1845 in einzelnen Regionen umfassend gefördert:

„Da nach der Ansicht der Polizeibehörden der Umgegend [von Czersk] vor der Erndte ein Nothstand fühlbar wurde, so sind zur Abhülfe desselben die Meliorationsarbeiten am Schwarzwasser während des ganzen Sommers in der Ausdehnung gefördert worden, daß keine Arbeiter abgewiesen werden durften.“<sup>82</sup>

Der euphorische Dank des Landrats von Schlochau für die staatlichen Chausseearbeiten<sup>83</sup> entsprach jedoch möglicherweise mehr Karrieredenken

---

<sup>79</sup> Ebd., Bl. 274; vgl. zu den Hintergründen eines Angriffs auf Kartoffelkähne auf der Weichsel: GAILUS, Straße und Brot, S. 240 f., 256.

<sup>80</sup> Zusammenfassungen finden sich bei BASS, Hungerkrisen, S. 235-237, und für ganz Preußen bei PETTER, Armut, S. 237-242.

<sup>81</sup> Die Zentralregierung hatte allein für 1846 rund 900.000 Taler bewilligt; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 2, Bl. 149. 1847 versuchte die Regierung die Ausgaben für öffentliche Arbeiten dagegen möglichst niedrig zu halten; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 82.

<sup>82</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 1, Bl. 194.

<sup>83</sup> „Alle Herzen sind von dem innigsten Dankgefühle beseelt, daß die hohen und höchsten Behörden so weise und umfassende Maaßregeln zur Beseitigung oder wenigstens doch Linderung des Nothstandes getroffen haben, und gewiß ist noch niemals inbrünstiger als

oder einer kurzzeitig positiven Wahrnehmung als der wirklichen Stimmung der Bevölkerung.<sup>84</sup>

Bereits im Sommer 1845 sah der Landrat von Marggrabowa die Bevölkerung durch das bisherige Hilffsystem „auf eine ganz unerwartete Weise demoralisirt, muß es noch immer mehr werden, wenn nicht bald Einsicht geschieht“ und forderte öffentliche Arbeiten und die Verteilung von Roggen.<sup>85</sup> Diese überall geforderte Maßnahme zur Bekämpfung des Notstands war jedoch in der Praxis kein Allheilmittel. Ende November 1846 empörte sich Oberpräsident Bötticher über Nachrichten aus dem Kreis Preußisch Eylau (russisch: Bagrationovsk), wonach „gerade der Kreis in welchem vorläufig einzig und allein in dieser Provinz jetzt wieder öffentliche Arbeiten an der Chaussee eröffnet worden sind, die in diesen Tagen bereits im Gange sein werden, zum Schauplatze ruchloser Thaten geworden ist, die selbst in der größten Noth noch keine Entschuldigung finden.“<sup>86</sup>

Eine Begründung für ein hier nicht näher erklärtes Missverhalten der Bedürftigen lieferte Anfang Januar 1847 der Landrat desselben Kreises. Die Chausseearbeiten seien als „negative Hilfe“ zu betrachten, da selbst ein fleißiger Arbeiter nur fünf bis sechs Silbergroschen pro Tag verdiene und damit kaum das benötigte Brot bezahlen könne. Der Landrat befürchtete „heilloseste Folgen“: „Es ist Thatsache, daß die Arbeitsleute diese Arbeitsstelle wegen Mangel des Verdienstes verlassen, um ihren Unterhalt durch Betteln, Stehlen pp zu suchen.“<sup>87</sup> Gewährten die öffentlichen Arbeiten somit kaum ausreichenden Verdienst, war es für Bedürftige auch durchaus schwierig, dort überhaupt Anstellung zu finden. So mussten beispielsweise in Czersk viele Arbeiter zurückgewiesen werden, und auch beim Festungsbau in Königsberg wurden zwar im Frühsommer 1847 immerhin 400 Arbeiter mehr als geplant beschäftigt, alle weiteren jedoch abgewiesen.<sup>88</sup>

---

jetzt von allen Bewohnern des Kreises gebetet, daß Gott den geliebten Landesvater schützen und tausendfältig segnen möge.“, GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 2, Bl. 423.

<sup>84</sup> Möglicherweise kam es auch hier zu einer „Filterung von unliebsamen Informationen“, wie sie PETTER, Armut, S. 195, für die Provinz Sachsen nachweist.

<sup>85</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 1, Bl. 21 f.

<sup>86</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 3, Bl. 409.

<sup>87</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 23-29.

<sup>88</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 45, 191. Bei der Arbeitsvergabe in Czersk wurde dabei nach den Familienverhältnissen der Arbeitssuchenden selektiert. Dementsprechend seien „nur die Bedürftigsten auszusondern, alle jungen ledigen Leute, welche als Knechte sich vermieten können, zurückgewiesen, dagegen nur Familienväter

Unter diesen Bedingungen litt vermutlich der Ruf dieser Arbeiten unter der Bevölkerung. Bei der Versorgung mit Saatgut zeigt sich ein zwiespältiges Bild. Einerseits waren die Behörden, wie die Regierung von Marienwerder im Juli 1847, „wie allgemein anerkannt“ zufrieden mit den von staatlichen Stellen, Privatpersonen und Vereinen gewährten Saatvorschüssen und der Bestellung der Felder.<sup>89</sup> Andererseits bedeuteten derartige Vorschüsse für die Empfänger, die nicht bar bezahlen konnten, häufig eine zusätzliche Belastung, wenn die vom Oberpräsidenten festgelegte Verzinsung von vier Prozent angewandt wurde.<sup>90</sup> Im September 1845 verzeichnete beispielsweise eine Zusammenstellung den Roggenbedarf der Landwirte des Rentamts Friedrichsbruch bei Schneidemühl (polnisch: Płosków, Piła) mit etwa 5.900 Scheffeln, tatsächlich von der Regierung wünschten die Betroffenen jedoch nur etwa 2.500 Scheffeln.<sup>91</sup> Unter dem Zwang der Umstände verzichteten die Regierungen in Königsberg und Danzig Anfang 1847, als die ersten Vorschusszahlungen aus dem Winter 1844/45 fällig wurden, zeitweise auf deren Tilgung, da dies „als eine hinzutretende Belastung der Vorschuß-Empfänger einen üblen Eindruck hervorbringen dürfte, welchen wir in Hinblick auf den sich täglich mehr ausbreitenden Nothstand zu vermeiden wünschen“.<sup>92</sup>

Mit den Preisen stieg im Laufe des Jahres 1847 auch die Nachfrage nach verbilligtem Roggen. Bereits Ende Januar stellte die Regierung in Marienwerder eine Verdreifachung der Kartoffelpreise fest und berichtete: „Die Klagen über Mangel und Noth erhalten von überall her, theils unmittelbar theils von den Behörden an uns gebracht immer lauter und die Anträge auf Hilfe und auf außerordentliche Unterstützung werden mit jedem Tage dringender.“<sup>93</sup> Hier klingen die Ansprüche der Menschen gegenüber dem Staat und das Hoffen auf eine positive Intervention der Behörden durch. Neben Einzelpersonen hofften auch die Kommunen auf Hilfe von oben. Der Landrat von Heydekrug (litauisch: Šilutė) stellte so im März 1847 an den Oberpräsidenten in Königsberg die Forderung, die Ernährung der Bedürftigen zu sichern und für Arbeit zu sorgen. „Beide

---

ohne zulänglichen Grundbesitz und solche unverheirathete Leute, welche sich durch ein Attest der Behörde darüber ausweisen, daß sie eine Mutter und kleine Geschwister zu ernähren haben zur Arbeit zugelassen worden.“, ebd., Bl. 45.

<sup>89</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 6, Bl. 3.

<sup>90</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 2, Bl. 258, 260.

<sup>91</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 1, Bl. 219.

<sup>92</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 104, 108.

<sup>93</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 94.

Maaßregeln sind unerlässlich, denn die Noth ist größer als 1844 und die Kommunen von der Uebermasse der Ortsarmen so erschöpft, daß sie zum großen Theil bald selbst eine Unterstützung bedürfen“.<sup>94</sup> Das erforderte seitens der staatlichen Stellen und Hilfsvereine beträchtliche Anstrengungen, ermöglichte Getreidehändlern dagegen große Gewinne.<sup>95</sup> Die Behörden mussten bei der Ausgabe des Getreides versuchen, die Zahl der Käufer gering zu halten, um Unruhe zu verhindern.<sup>96</sup> Andere symbolische Akte der Verwaltung, wie die Vermeidung als unangenehm empfundener Pflichten, etwa die Teilnahme an Landwehrübungen, trugen sicherlich zur Entspannung der Krisensituation bei.<sup>97</sup> Insgesamt dürfte die weitgehende Zurückhaltung des Staats bei der Krisenhilfe von der Bevölkerung deutlich registriert worden sein und zu einer Entfremdung, besonders der unteren Bevölkerungsschichten, von Preußen beigetragen haben. Einen gewissen Ausgleich für das mangelhafte staatliche Engagement stellten die Aktivitäten von Privatpersonen und Hilfsvereinen dar, die besonders in den größeren Städten wirkten.<sup>98</sup> In abgelegenen Regionen des Hinterlandes dagegen reichte die Hilfe häufig kaum aus.<sup>99</sup>

### Bewältigungsstrategien – die Reaktionen der Betroffenen

Die Versuche der von Mangel und Teuerung besonders Betroffenen, sich dieser unangenehmen und schnell lebensbedrohlich werdenden Situation

---

<sup>94</sup> Ebd., Bl. 124.

<sup>95</sup> So erklärt sich die Bereitwilligkeit von Getreidehändlern und Gutsbesitzern, Roggen und Kartoffeln an den Staat zu verkaufen, mit der garantierten Bezahlung der Marktpreise; vgl. Anerbieten des K.D. Jacoby aus Johannisburg [Pisz]; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 2, Bl. 60, und zum staatlichen Kartoffelankauf durch die Regierung von Gumbinnen: GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 1, Bl. 318 f. Wie die Öffentlichkeit vermeintliche Wucherer charakterisierte, zeigt GAILUS, Straße und Brot, S. 252-256, am Beispiel des Kornhändlers Johann David Bestvater in Marienwerder.

<sup>96</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 18.

<sup>97</sup> So berichtete die Regierung Marienwerder Anfang Juli 1847: „Die Aufhebung der 14tägigen Übung der Landwehr Infanterie hat allgemeine Freude erregt.“; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 2 Bd. 18, Bl. 328.

<sup>98</sup> So meldete die Königsberger Regierung im März 1847 nach Berlin, dass in allen Städten des Bezirks Suppenanstalten mit warmen Mahlzeiten eingerichtet seien und dies auch auf dem platten Land geschehen sei. Außerdem würden die Bedürftigen dort der Reihe nach von den bemittelten Einwohnern versorgt; ebd., Bl. 217.

<sup>99</sup> Vgl. den folgenden Abschnitt „Bewältigungsstrategien – die Reaktionen der Betroffenen“.

zu entziehen, sind in den Quellen häufig nur indirekt greifbar und finden vor allem dann Erwähnung, wenn Ruhe und Ordnung als gefährdet angesehen wurden. Bewältigungsstrategien, wie sie hier am Beispiel der Provinz Preußen zwischen 1845 und 1847 untersucht werden, können dabei als historische Universalien betrachtet werden, die bei Nahrungsmangel auch in der Gegenwart auftreten.

Eine Möglichkeit der Reaktion auf die Nahrungs- und Teuerungskrise stellte weitgehende Passivität und Ratlosigkeit dar. Die Menschen verbrauchten ihre geringen Vorräte an Kartoffeln, besonders wenn ein Verlust durch die Kartoffelkrankheit drohte, und andere Nahrung, und erwarteten anschließend Hilfe von außen.<sup>100</sup> Um an Lebensmittel zu gelangen, wurden alle entbehrlichen Gegenstände des Haushalts verkauft und Schulden gemacht.<sup>101</sup> Die Regierung von Gumbinnen schätzte bereits im März 1846 die Fähigkeit der Kreditnehmer zur Schuldentilgung als sehr gering ein und hielt auch eine spätere Pfändung für unrealistisch, erklärte jedoch: „Nichts destoweniger können sie nicht hilflos bleiben.“<sup>102</sup> Somit konnten die Bedürftigen eher auf Darlehen von staatlicher Seite als von Privatleuten hoffen.

Weite Verbreitung fand der Versuch, Pflanzen zu essen, die normalerweise nicht zu den menschlichen Nahrungsmitteln gehörten.<sup>103</sup> Diese Form der Anpassung wurde durch die Behörden registriert, ohne sie zu kritisieren. Aus dem Kreis Berent berichtete ein Oberregierungsrat im Sommer 1845 an die Regierung in Danzig: „Die Nahrung der bauerlichen Wirthe insbesondere aber der kleinen Leute [...] beschränkt sich größtentheils nur auf gekochte Kräuter.“ Durch den trockenen Sommer sei das Sammeln dieser Kräuter jedoch sehr erschwert.<sup>104</sup> Anfang Januar 1847 berichtete die Regierung in Marienwerder ebenfalls über teilweise fehlende Nahrungsmittel, sah aber nur eine Einschränkung auf „Kohl und ähnliche Gewächse“.<sup>105</sup> Aus dem bei Königsberg liegenden Kreis Wehlau

---

<sup>100</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 3, Bl. 365; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 94; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 2 Bd. 17, Bl. 415.

<sup>101</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 2, Bl. 26.

<sup>102</sup> Ebd., Bl. 191.

<sup>103</sup> Als solche *famine foods* betrachtet der irische Hungerforscher Cormac Ó Gráda „leaves, shoots, pods, seeds, fruits, meats, or vegetables not usually consumed but acknowledged to be edible in times of severe food stress“, CORMAC Ó GRÁDA, *Famine. A Short History*, Princeton (New Jersey) 2009, S. 73.

<sup>104</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 1, Bl. 80.

<sup>105</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 97.

berichtete der bereits erwähnte Botho von Eulenburg Ende Mai 1847, dass „durch Nesseln und andere Kräuter manche Existenz spärlich gesichert wird“. <sup>106</sup> Auch Kadaver verendeter Tiere wurden, wie der Kreisdeputierte aus Neustadt im Juni 1847 berichtete, verzehrt: „Nur die allergrößte Noth kann wohl nur [sic] Menschen dazu zwingen daß sie wie dies in der Gegend bei Zoppot vorgekommen ist, über ein gefallenes Pferd hergefallen, und das Fleisch roh verzehren.“ <sup>107</sup> Sicherlich nahmen in der Krise ebenfalls die Jagd auf Kleintiere und das Sammeln von Nüssen und Ähnlichem zu. <sup>108</sup>

Angesichts der Bedrohung der Kartoffelernte durch die Faulkrankheit erfolgte die Bestellung der Felder sorgfältiger, und wegen des Mangels an Saatkartoffeln wurden diese weiter als üblich voneinander entfernt gepflanzt – eine Maßnahme, die tatsächlich gegen den Erreger der Fäule Wirkung gezeigt haben könnte. <sup>109</sup> Auf der anderen Seite wurden aus Sparsamkeit allein Kartoffelkeime eingepflanzt, die jedoch für die Krankheit empfänglicher waren. <sup>110</sup> Gab es in der Nähe des Wohnorts öffentliche Arbeiten oder Suppenküchen, die warme Mahlzeiten verbilligt oder gratis verteilten, war dies eine Möglichkeit der Versorgung mit Bargeld und Nahrung, selbst wenn die Angebote schwerlich für alle Interessierten ausreichten. <sup>111</sup> Auch Gesuche wie das der Einwohner eines Kirchspiels bei Kaukehmen, wobei nur drei von 23 Unterzeichnern fähig waren, ihren Namen zu schreiben, <sup>112</sup> können als Möglichkeit gesehen werden, Auswege aus der Krise zu finden.

Reichte der Verdienst bei öffentlichen oder privaten Arbeiten nicht aus, fehlte es an Darlehen und veräußerbaren Gegenständen und waren die Vorräte aufgebraucht, folgte Bettelei als der nächste logische Schritt.

---

<sup>106</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 216.

<sup>107</sup> Ebd., Bl. 261.

<sup>108</sup> Mit solchen Praktiken verließen die Bedürftigen bereits die Zone der Legalität und gerieten in verstärkten Konflikt mit den gesellschaftlichen Normen.

<sup>109</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 6, Bl. 3; BÄRBEL SCHÖBER-BUTIN, *Die Kraut- und Knollenfäule der Kartoffel und ihr Erreger Phytophthora infestans* (Mont.) de Bary, Berlin 2001, S. 46.

<sup>110</sup> GStA, I. HA Rep. 164 A Nr. 35 Bd. 1, Bl. 70.

<sup>111</sup> Besonders 1845 und 1846 fanden verbreitet öffentliche Arbeiten statt: GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 2, Bl. 424, 434; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 45. Zur Verpflegung Bedürftiger wurden z. B. in Insterburg [Černjachovsk] ab Januar 1847 täglich 260 Essensportionen, die aus 1 Quart Suppe und einem halben Pfund Brot bestanden, gratis verteilt; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 295.

<sup>112</sup> Ebd., Bl. 126.

Tatsächlich meldeten viele Beamte und andere Berichterstatter die starke Zunahme dieser Erscheinung.<sup>113</sup> So beschrieb ein Gutsbesitzer aus dem Kreis Tapiau (russisch: Gvardejsk) im April 1847 sein eigenes Erlebnis:

„Gestern war ein Mann Namens Gross aus Nerkelsdorf bei mir, und klagte vor Hunger umkommen zu müssen, ich möge mich seiner u seiner Angehörigen erbarmen, er müsse sonst Verbrechen begehen, um sein Leben zu fristen. Ich that was ich konnte, dergleichen Bettler sind aber zu viel, beinahe Zwanzig täglich, die von Ort zu Ort weit herum, wie Schattenbilder, mit Frau und Kind wandern um ihr Leben zu fristen; es steht aber dringend zu erwarten, daß jede milde Hand, eigener Noth wegen, sich schließen muß, und die Bettler auf den Straßen des Hungertodes sterben müssen.“<sup>114</sup>

Ähnlich berichtete der Kreisdeputierte aus Neustadt im Juni 1847:

„Daß wirklich große Noth im Kreise vorhanden ist, unterliegt keinem Zweifel, den täglich kommen Proletare schaarenweise in das Kreisamt deren Jammergestalten es documentiren daß großer Mangel sie drückt, und deren gewöhnliche Klage[n], seit so und so vielen Tagen schon nichts mehr gegessen zu haben wohl schwerlich übertrieben sind.“<sup>115</sup>

Bettelei mündete dabei nicht selten in Diebstähle und größere Vergehen, ohne dass die Ordnungshüter dies verhindern konnten.<sup>116</sup> So berichtete die Regierung von Marienwerder im April 1847:

„Schon findet man aller Orten auf Stegen und Wegen Schaaren von Bettlern, ohne daß die Polizei diesem Unfug zu steuern im Stande ist, heimliche und gewaltsame Diebstähle von Lebensmitteln mehrten sich von Woche zu Woche und nehmen einen immer mehr bedrohlichen Charakter an; am gestrigen Tage hat sich aber in Neuenburg auch schon das erste Beispiel offener Widersetzlichkeit der Massen gezeigt, indem mit Gewalt das Verschiffen einer

---

<sup>113</sup> Die Wohltätigkeit der Besitzenden erfolgte dabei teils aus Mitleid, „theils aus Besorgniß“ um den eigenen Besitz; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 217. Der Landrat des Kreises Neustadt betonte im Juli 1847, da die Bettelei „noch immer in sehr hohem Grade“ stattfinde, wiederholt die Pflicht der Polizei jeden ortsfremden Bettler festzunehmen; vgl. Kreisblatt für den Neustädter Kreis, 14. Juli 1847, Nr. 29, S. 127.

<sup>114</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 209. Tatsächlich lag die Zahl der Gestorbenen in Ostpreußen 1847 (68.302) und 1848 (67.271) um mehr als 15 % und in Westpreußen besonders 1848 (44.032) um 10,8 % über dem Durchschnitt der Jahre 1816–1875; ANTIJE KRAUS, Quellen zur Bevölkerungsstatistik Deutschlands 1815–1875, Boppard am Rhein 1980, Tab. 21a, 22a.

<sup>115</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 261.

<sup>116</sup> Teilweise kam es auch zu „Drohungen auf Angriffe fremden Eigenthums“, die sicherlich freiwillige Lebensmittelgaben zum Zweck hatten; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 467.



Quantität Kartoffeln von dort aus verhindert wurde, ohne daß die Obrigkeit im Stande gewesen ist, den Widerstand mit Erfolg zu bekämpfen.“<sup>117</sup>

Der bereits erwähnte Gutbesitzer aus dem Kreis Tapiau meldete im April 1847 Beispiele für Nahrungsdiebstähle:

„Im Gute Friedrichsthal, im Gute Spindlack bei mir u.[nd] a.[nderen] O.[rten] wurden in jüngster Zeit gewaltsam durch Einbruch, die Tennen, Speicher u[nd] Kartoffelbehälter beraubt. – Nachforschungen blieben ohne Erfolg, u[nd] der Nothstand macht es dringend, die aufgeregten Gemüther nicht zu reizen.“<sup>118</sup>

Wie an vielen anderen Stellen schien hier erneut die Angst der Besitzenden vor Protesten und Unruhen auf, die durchaus ihre Berechtigung besaß.

Solche Tumulte, die die offene Rebellion und die größte Abwendung von den staatlich gesetzten Normen darstellten, konnten nicht überall verhindert werden. So erbat die Regierung von Marienwerder Mitte Mai 1847 „wegen eines hiesigen Volks-Auflaufs, wobei mehrere Hundert Personen aus den an die Stadt grenzenden Dörfern betheiligt sind, und nach gewaltsamer Erbrechung eines mit nicht unbedeutenden Getreidebeständen gefüllten Speichers eines hiesigen Kaufmanns“ vom Oberpräsidenten militärische Hilfe.<sup>119</sup> Einer spontan gebildeten örtlichen Bürgerwehr gelang noch vor Ankunft des Militärs die Vertreibung der Plünderer, der Sturm auf den Getreidespeicher fand jedoch sein Echo bis in den Vereinigten Landtag in Berlin.<sup>120</sup>

Eine weniger drastische, von den Behörden jedoch ebenfalls abgelehnte Strategie zum Umgang mit der Nahrungskrise stellte die Auswanderung dar.<sup>121</sup> Bereits im Herbst 1845 berichtete die Regierung von Gumbinnen

---

<sup>117</sup> Ebd., Bl. 274. Bei dieser Steigerung der Unbotmäßigkeit spielten sicherlich Aspekte der *moral economy* eine wesentliche Rolle; vgl. EDWARD P. THOMPSON, Die „sittliche Ökonomie“ der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert, in: Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Studien zur Lage der Unterschichten in 18. und 19. Jahrhundert, hg. v. DETLEV PULS, Frankfurt a. M. 1979, S. 13-80.

<sup>118</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 209.

<sup>119</sup> Ebd., Bl. 487.

<sup>120</sup> Vgl. zum gesamten Marienwerder Tumult ausführlich: GAILUS, Straße und Brot, S. 240-246.

<sup>121</sup> Die Auswanderungszahlen für die Provinz Preußen lagen für den Zeitraum 1844–1859 niedriger als im benachbarten Pommern. Eine größere Bedeutung als die Auswanderung nach Übersee oder in benachbarte Länder besaß die Binnenwanderung innerhalb Preußens. Der Wanderungsverlust betrug in der Provinz Preußen 1846–1849 insgesamt

nach Königsberg, „eine nicht unbedeutende Zahl Familienväter [habe] dadurch, daß sie vom Auswanderungs-Schwindel ergriffen, ihre Brodstellen aufgegeben oder verloren“. <sup>122</sup> Der Landrat von Allenstein (polnisch: Olsztyn) bestätigte im Oktober 1846 den allgemein verbreiteten Notstand, sah jedoch vor allem die negativen Folgen der Auswanderung für den Arbeitsmarkt: „Eine Folge von diesem bedrohlichen Zustande sind die Auswanderungen Arbeitssuchender nach Polen wodurch dem Ackerbau dieser Gegend aber wiederum die nöthigen Hände entzogen werden!“ <sup>123</sup>

Insgesamt kann man in der Provinz Preußen eine große Verbreitung der legalen und halblegalen Bewältigungsstrategien der Betroffenen beobachten. Aufstände und Unruhen, die von Behörden und dem Bürgertum gefürchtet wurden, fanden dabei ebenfalls in größerem Umfang statt. <sup>124</sup>

## Schluss

Die Teuerungs- und Nahrungskrise zwischen 1844 und 1847 in der Provinz Preußen erhielt ihre Dramatik einerseits durch unterdurchschnittliche Ergebnisse der Getreideernte und mehrere schlechte Kartoffelernten. Dies traf besonders die ländliche Bevölkerung mit geringem oder ohne Grundbesitz sowie die Regionen des Hinterlands. Durch Getreideexporte ins kaufkräftige West- und Mitteleuropa verringerte sich der Nahrungsspielraum zusätzlich, und solidarische Hilfe wurde durch Getreidemangel und stark erhöhte Preise erschwert. Staatliche Unterstützungsmaßnahmen orientierten sich vorwiegend an den Wahrnehmungen örtlicher und

---

30.065 Personen, wobei die größte Zahl mit 14.982 Personen aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen stammte; WACHOWIAK, II. Gospodarka, S. 157 ff.

<sup>122</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 1, Bl. 301. Ende April 1847 betonte Oberpräsident Bötticher, dass die Regierung die Emigration keinesfalls unterstützen würde und warnte eindringlich davor: „Wer aber ungeachtet aller Belehrungen und Warnung sich dennoch zu unüberlegten Auswanderungs-Unternehmungen verführen lassen sollte, wird die traurigen Folgen seiner Unwissenheit und Leichtgläubigkeit nur sich selbst zuschreiben können.“, Kreisblatt für den Neustädter Kreis, 19. Mai 1847, Nr. 21, S. 87 f.

<sup>123</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 3, Bl. 292, im Original mit Unterstreichungen.

<sup>124</sup> GAILUS, Hungerkrisen, Abb. 13, zählte im April und Mai 1847 in der Provinz Preußen 19 Tumulte und ähnliche Unruhen.

entsandter Beamter, wurden aber weitgehend als unzureichend eingeschätzt. Die Bewertung der Notlage hing dabei häufig mit dem Weltbild der Entscheidungsträger zusammen.

Die Reaktionen der von Teuerung und Nahrungsmangel Betroffenen wurden mit der Zunahme des Leids extremer und gipfelten in Kriminalität, gewalttätigen Ausschreitungen und der Auswanderung aus der Provinz. In Folge des Mangels nahm die Sterberate 1846 bis 1849 gegenüber den Vorjahren deutlich zu. Durch bessere Getreideernten ab 1847 und die Auswanderung wurde die Not jedoch gedämpft. Die Revolution von 1848/49 führte in der Provinz Preußen trotz der vorherigen Nahrungskrise zu geringeren Unruhen als in anderen Regionen des Landes wie Schlesien oder Berlin.<sup>125</sup>

Die Krise der 1840er bildete einen Höhepunkt des längerfristigen wirtschaftlichen und sozialen krisenhaften Zustands in der Provinz Preußen. Erst mit der Anbindung an das Eisenbahnnetz und der Gründung des Deutschen Reiches überwand das nordöstliche Preußen diesen permanenten Krisenzustand.<sup>126</sup> Trotz ihrer Intensität bewirkte die Nahrungskrise von 1846/47 in der Provinz noch keine strukturellen Umbrüche in Politik, Wirtschaft und dem sozialen Gefüge. Eine Ausnahme war dabei möglicherweise die Etablierung der Auswanderung in die westlicheren Gebiete Preußens und ins Ausland. Ein großer Teil der Bevölkerung verharrte weiterhin in einer prekären materiellen Situation.

Weitgehend abhängig von den Entscheidungen in Berlin blieben die Reaktionen der örtlichen Behörden innerhalb des Rahmens traditioneller Notstandsmaßnahmen, die zumindest teilweise die direkten Folgen der Krise abmilderten, aber keine langfristigen Veränderungen herbeiführten. Trotz einzelner Kritiker des staatlichen Vorgehens innerhalb des Verwaltungsapparats setzte die Regierung aus Sparsamkeit vorwiegend auf die Eigeninitiative von Behörden und Vereinen auf lokaler Ebene und unterdrückte entstehende Unruhen mit Gewalt.

---

<sup>125</sup> WEHLER, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, S. 713; William J. Orr führt dies auf den „Erfolg konservativer Kräfte, eine bedeutende Anzahl von Arbeitern für die monarchistische und preußisch-partikularistische Sache zu gewinnen“ zurück; vgl. WILLIAM J. ORR, Königsberg und die Revolution von 1848, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 26 (1977), S. 271-306, hier S. 303 f.

<sup>126</sup> ANDREAS KOSSERT, *Ostpreußen. Geschichte und Mythos*, München 2005, S. 150 ff.